

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Tag, mittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Januarhälfte 400.— M. Einzelverkaufspreis 40.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achte, gespaltene Petitzeile über deren Raum 100.— Mark, auswärtige 120.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 90 M., für Reklamen 400.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 11.

Samstag, 13. Januar 1923.

30. Jahrgang.

## Grenzen hat Tyrannemacht!

Dr. L. Lübeck, 13. Januar.

Größere als Poincare haben versucht, den alten französischen Traum von Frankreichs Herrschaft über den Kontinent zu verwirklichen.

Ludwig XIV. stellte das halbe Jahrhundert seiner Regierungszeit in den Dienst dieses Traumes; führte Krieg über Krieg; piff auf Recht und Gerechtigkeit. In seinem Sarge aber stand ein verschuldetes und erschöpftes Frankreich. Seine kühnen Pläne waren vernichtet. Der Revolution erstes Großes ließ die gegnerischen Gefilde zwischen Vogesen und Pyrenäen ahnungsdüster erzittern.

Der große Napoleon griff dann zum zweitenmal nach der Krone der europäischen Herrschaft. Seine Garden stampften europäischen Boden von Madrid bis Moskau. Kaiser und Könige zwang er auf die Knie; den Völkern wies er den Weg einer neuen Zukunft — unter Frankreichs Szepter. Er endigte in der Einsamkeit der Felseninsel in der Atlantis. Auf St. Helena dachte er bis zu seinem traurigen Ende über den Sinn der Weltgeschichte nach, die den großen Ideen folgt — trotz Krieg und Tyrannen. Und er lernte um!

Auch Poincare, seiner beiden großen Vorbilder lächerlicher Abklatsch, wird umlernen.

Die Geschichte der Menschheit hat ihre großen Wege und ihre großen Ziele. Davon läßt sie niemals ab. Siege können es sein. Die Klugheit der Staatsmänner dreht das Rad der Geschichte vorwärts. Ihre Dummheit und ihre Rücksichtslosigkeit hält es auf, dreht es gar zurück — vorübergehend nur. Schließlich werden sie bei Seite geworfen und die Entwicklung stürzt über sie hinweg.

Poincare fühlt sein Schicksal nahen; er weiß, daß es Frankreichs Schicksal sein wird. Seine Donnerstagsrede in der Kammer hing wie Trompetenstoß an, als er von Deutschland sprach. Sie wurde gedämpfter Trommelschlag als Italien, England und Amerika an die Reihe kamen.

Amerika zieht seine Truppen vom Rhein zurück. Zum Zeichen des Abscheus vor der französischen Gewaltpolitik.

Italien ist unsicher. Mussolini träumt von europäischer Kontinentalpolitik gegen England. Aus naheliegenden Gründen. Deutschlands Freundschaft wäre ihm dabei nicht wertlos. Aber er ist schwankend. Deutschland und Frankreich unter einem Hut? Eine Utopie! Italien weiß nicht weiter. Mussolinis Träume stoßen sich im Raum.

Und England wartet ab. Bis Frankreichs Politik sich festgelassen hat. Bis seine Zeit gekommen ist. Bis seine eigenen Interessen in Europa und vor der Welt neue Wege seiner Politik gebieterisch heischen; London gegen die Hegemoniegefühle der Pariser Machthaber endgültig auf den Plan treten muß und — kann.

Dann wird auch der sinnlosen Entente die Todesstunde schlagen. Und eine angelsächsische Einheitsfront wird die Geschicke der Welt bestimmen; in engster Zusammenarbeit werden England und Amerika dann die Welt regieren.

Und Frankreichs Stern wird wieder verblässen; in der Welt und auch in Europa. Das Schicksal wird dem ehrgeizigen und eitlen Galliervolk wieder die Schranken weisen, die die Geschichte ihm seit je gezogen hat.

Wir wollen uns nicht täuschen. Das alles wird nicht von heute auf morgen eintreten. Auch nicht aus Weltmitleid für Deutschland. Alle Völker werden und müssen ihren eigenen Interessen dienen; eber sie werden ihre Wege nicht fortbauend von Frankreichs Großmannsucht durchkreuzen lassen.

Neue Gedanken sind seit dem Weltkrieg in den Geist der Völker eingezogen. Sie sind die Wegweiser der Weltgeschichte. Eine Verachtung ohnegleichen für Krieg und Militarismus beherrscht seit dem Weltkrieg die Köpfe aller Denkenden. Erkenntnis ist den meisten geworden, daß nicht Kanonen und Bajonette die Weltgeschichte lenken, sondern das geistige Wollen der Millionen. Das andere ist nur Trug und Lüge, aufgebaut auf dem Sand kleinlicher Eitelkeit und Ruhmsucht.

Wir mußten diese Erkenntnis mit Leid, Not und Niederbruch bezahlen. Wir wünschen das gleiche dem französischen Volke nicht.

Wir wissen, daß wir der militärischen Willkür französischer Gewalt heute ausgeliefert sind und morgen; aber nicht für immer. Wir wissen, daß auf die Dauer das Recht und die Gerechtigkeit siegen müssen; und nicht der Machtanspruch eines Tyrannen.

In dieser düsteren Gegenwart ist Schillers unvergängliches wahres Wort, das Wilhelm II. haßte wie Poincare, unser Trost: Grenzen hat Tyrannemacht!

## Die Note der Reichsregierung.

Berlin, 12. Januar. (Drahtbericht.)

Die Reichsregierung übermittelte dem hiesigen französischen Botschafter heute mittags 1 Uhr folgende Antwort auf die Notifikation der Ruhrbesetzung:

Herr Botschafter!

Auf die Mitteilungen, die Em. Exzellenz mir am 10. Januar mündlich und schriftlich machten und die gleichzeitig dem deutschen Botschafter in Paris von der französischen Regierung zugehen, beehre ich mich im Namen der deutschen Regierung folgendes zu erwidern:

Die französische Regierung beschloß, ebenso wie die belgische Regierung, eine Aktion gegen das Ruhrgebiet, die sie als Entsendung einer Kontrollkommission von Ingenieuren und Beamten bezeichnet. Diese Kommission soll von Truppen begleitet, die Tätigkeit des deutschen Kohlenhandels überwachen, die genaue Durchführung der Programme der Reparationskommission sicherstellen und alle für die Bezahlung der Reparationen notwendigen Maßnahmen treffen. Zu diesem Zwecke soll sie mit diktorischen Befugnissen ausgestattet werden; sie soll volle Befehls- und Strafgewalt über das Personal der deutschen Verwaltung und die Vertreter von Industrie und Handel in den besetzten Gebieten erhalten. Auch soll sie befugt sein, von den Verwaltungsstellen, Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und von den Kaufleuten jede Auskunft zu verlangen und Bureaus, Werkzeuge, Fabriken, Bahnhöfe und andere Anlagen zu durchsuchen. Nach der deutschen Regierung sind die belgischen Truppen in bedeutender Stärke und in voller kriegsmäßiger Ausrüstung in das Ruhrgebiet einmarschirt. Die französische Regierung gründet ihre Aktion auf die Feststellung der Reparationskommission über den Stand der deutschen Holz- und Kohlenlieferungen und beruft sich dabei auf die §§ 17 und 18 der Anlage 2 zu Teil 8 des Versailler Vertrags. Zugleich erklärt sie, daß sie ausdrücklich nicht an eine militärische Operation ohne Besetzung mit politischem Charakter denke. Sie glaubt hinzuzufügen zu sollen, daß sie auf den guten Willen der deutschen Regierung zähle, die das größte Interesse habe, die Arbeit der Kommission und die Unterbringung der Truppen zu erleichtern.

Die deutsche Regierung muß den Schreier zerreißen, den die französische Regierung mit dieser Darstellung über den wahren Charakter ihres Vorgehens zu ertönen läßt.

Die deutsche Regierung erklärt, daß die Beschlüsse der Reparationskommission und die angeführten Vertragsbestimmungen keinerlei Rechtsgrundlage für die Aktion im Ruhrgebiet enthalten, daß diese Aktion vielmehr eine

Verletzung des Völkerrechts und des Vertrags von Versailles darstellt. Nach der ausdrücklichen Feststellung der Reparationskommission in der Note vom 21. März würde eine Verletzung bei den Holz- und Kohlenlieferungen nichts anderes als die Fortsetzung von Verzögerungen rechtfertigen, so daß die Anordnung anderweitiger Maßnahmen auf Grund der §§ 17 und 18 in diesem Falle ausgeschlossen ist. Selbst bei rechtmäßiger Anwendung der §§ 17 und 18 würden aber

nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen oder nur solche Maßnahmen, die ihnen ihrem Wesen oder ihrer Bedeutung nach gleichzusetzen sind, gegen Deutschland getroffen werden dürfen.

Das könnten nur Maßnahmen sein, die die Alliierten in ihrem eigenen Hoheitsgebiet durchführen, nicht dagegen Maßnahmen,

die, wie der gegenwärtige Einbruch von Truppen und Beamten in das Ruhrgebiet,

die denkbar schwerste Verletzung der deutschen Hoheitsrechte bedeuten. Endlich können nach dem Vertrag etwa zulässige Maßnahmen gegen Deutschland nur von den an den Reparationen beteiligten

alliierten Mächten gemeinsam, nicht aber von einzelnen Mächten auf eigene Faust getroffen werden.

Verzweifelnd versucht die französische Regierung, die Schwere dieses Vertragsbruches dadurch zu verhüten, daß sie der Aktion eine friedliche Benennung erteilt. Die Tatsache, daß eine Truppe in kriegsmäßiger Zusammenstellung und Bewaffnung die Grenzen des unbesetzten deutschen Gebietes überschreitet,

kennzeichnet das französische Vorgehen als eine militärische Aktion.

Hieran wird nichts geändert durch die Erklärung, daß Frankreich keine militärische Operation oder Besetzung mit militärischem Charakter beabsichtigt. Eine Erklärung, die übrigens nicht unbedeutend, sondern nur für die gegenwärtigen Verhältnisse angebracht ist. Die deutsche Regierung stellt fest, daß die französische Regierung als einziger französischer Anwalt für diesen Vertragsbruch die Last der Verantwortung vermag, daß Deutschland für das Jahr 1922 mit verhältnismäßig geringen Mengen bei der Lieferung von Holz und Kohle im Rückstand geblieben ist. Nach den unachtreuen Leistungen, die Deutschland in Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens und des Vertrages von Versailles unter äußerster Anspannung und bis zur Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit 4 Jahre lang bewirkt hat, erübrigen diese geringfügigen Rückstände der französischen Regierung, um mit härtestem militärischem Aufsat in demselben Gebiet einzudringen und ihre Hand auf den wichtigsten Besitz der deutschen Wirtschaft zu legen.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewalt, die hiermit einem mehrfachen Volke angetan wird, vor der ganzen Welt feierlichen Protest.

Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren, sie ist aber

nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder eher, wie ihr angeordnet wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzumischen. Sie weist diese Zumutung zurück.

Die Verantwortung für alle entstehenden Folgen fällt allein auf die Reparationsmächte, die den Einmarsch vollzogen haben. Diese Folgen haben sich bereits in einer weiteren Entwertung der Mark und einer sprunghaften Erhöhung aller Preise in Deutschland gezeigt; die künftigen wirtschaftlichen und politischen Folgen sind unübersehbar.

Solange der vertragswidrige Zustand, geschaffen durch einen gewaltigen Eingriff in das Recht der deutschen Wirtschaft, andauert, und seine tatsächlichen Folgen nicht beseitigt sind, ist Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeigeführt haben.

Indem ich Sie bitte, Vorstehendes Ihrer Regierung mitzuteilen, benutze ich auch diesen Anlaß, um Ihnen die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Eine Note gleichen Wortlauts, nur mit dem Unterschied, daß an die erforderlichen Stellen statt französisch „belgisch“ gesetzt wurde, wurde dem belgischen Geschäftsträger in Berlin überreicht.

## Die Herrschaft der Generale.

SPD. Essen, 13. Januar. (Drahtber.)

Der Einmarsch einer solch riesigen Truppenmasse, wie sie die französischen Militärs für die „rein wirtschaftliche Aktion“ des Herrn Poincare aufgebracht haben, in ein so dichtbesiedeltes Industrie- und so fern verortetes Wirtschaftsgebiet, wie es die Ruhr darstellt, muß natürlich an sich schon wirken wie eine explodierende Handgranate in einer Rotationsmaschine. Der Produktion wird der stärkste Schlag verfehlt. Das wird sich bereits in aller nächster Zeit klar erweisen. Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes wird unter dem militärischen Belagerungsstand und den Schikanen der französischen Militärs einen gewaltigen Rückgang erleiden. Das wird nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa bekommen.

Was hat die einrückende Truppenmacht sofort das zum größten Teil verlassene Gedäude des Kohlenhandels in Besitz genommen; aber den Schlüssel zur Kohlenverteilung haben die Sendboten Poincares nicht mehr vorgefunden. Der Pariser Adressat beweist wieder einmal keinen völligen Mangel an wirtschaftlicher Einsicht, wenn er glaubt, durch die wenigen französischen und belgischen Beamten, die bisher in Essen zur Abnahme und Beauftragung der Reparationskohlenlieferungen tätig waren, die Kohlenverteilung eines Kohlenbeckens wie das der Ruhr rasch wieder aufbauen zu können. Auch den entfalteten Ingenieuren wird es trotz ihrer militärischen Begleitung und der Befehlsgewalt die ihnen durch die Militärmacht übertragen ist und die sie bis zu den Gewerkschaftsangehörigen ausdehnen, nicht leicht fallen, die Kohlenförderung und -verteilung des Ruhrgebietes weiterhin wie bisher in Gang zu halten. Gewiß kann man, wie die Dinge liegen, die Zersplitterungen zwingen, die geordnete Kohle zur Verfügung zu stellen. Die Reichsregierung hat indes als Protest gegen die Vergewaltigung durch den französischen Militarismus als besonders einschneidende Abwehrmaßnahme die Einstellung der Sachleistungen und ganz besonders der Kohlenlieferungen beschlossen. Tatsächlich verkehrten von der ersten Stunde des fran-

zösisch-belgischen Vormarsches an keine Wiedergutmachungskohlenzüge mehr in der Richtung nach Frankreich und Belgien. Lediglich die Italienzüge wurden noch weiter abgefertigt, da es noch nicht feststeht, ob Italien ebenso wie Frankreich und Belgien als vertragsbrüchig angesehen werden muß. Vorläufig liegt nur die Behauptung Poincares vor, daß Italien sich dem belgisch-französischen Vorgehen angeschlossen habe. Militärisch ist das nicht der Fall. Italien scheint höchstens zwei Ingenieure entsandt zu haben. Die Zeichen des neu besetzten Gebietes haben von der Reichsregierung den Bescheid bekommen, daß sie für erzwungene Kohlenlieferungen von der deutschen Regierung keine Bezahlung mehr zu erwarten haben. Befördert Frankreich und Belgien die Kohlen von sich aus ab, so wird es auch für die Bezahlung aufkommen müssen, soll nicht das gesamte Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes innerhalb kürzester Frist in völliges Stoden geraten und die Zeichen außerstande sein, noch weiterhin ihre Arbeiter zu bezahlen. Welche Erschütterungen das nach sich ziehen muß, darüber dürfen sich auch die Regierenden in Paris nicht im Unklaren sein.

Mehr prinzipieller Natur ist, daß die Reichsregierung auch die Barzahlungen an Frankreich und Belgien als offiziell eingestellt erklärt. Denn tatsächlich haben wir schon seit längerem keine Barzahlungen mehr geleistet, weil Deutschland dazu außerstande war. Das Moratoriumsgesetz vom 14. November, das eine Regelung bringen sollte, ist nach wie vor in der Schwebe, da ja bekanntlich keine Antwort auf dieses Gesetz der Regierung Birth, das sich die Regierung Cuno zu eigen gemacht hat, erfolgt ist, und die demals eingeleiteten Verhandlungen durch den negativen Ausgang der Konferenzen in London und Paris sich zerschlagen haben.

SPD. Essen, 12. Januar. (Eig. Drahtber.)

Den Anschein, daß es sich bei den Sanktionen im Ruhrgebiet nur um eine wirtschaftliche Maßnahme handelt, haben die französisch-belgischen Besatzungstruppen vollständig zerstört. Für die gestern von dem französischen General angekündigte Besetzung für Essen-Stadt wurde noch im Laufe des Tages von der Stadtver-



# Die neuesten Unterstühtungen für Sozialrentenempfänger.

Von Friedr. Klees.

Die neueste Verordnung über weitere Erhöhung der Unterstützung für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, die das Reichsgesetzblatt vom 29. Dezember 1922 veröffentlichte, bringt ziffernmäßig eine reichliche Verdoppelung der bisherigen Bezüge. Namentlich ist die von der Gemeinde auf Antrag zu gewährenden Unterstützung in der Invalidenversicherung nach den Umständen und im Höchstbetrage so zu bemessen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 43 200 Mk., einer Witwenrente von 34 200 Mk., einer Waisenrente von 12 200 Mk. erreicht. Entsprechende Unterstühtungen sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren; an Witwen jedoch hier nur, wenn sie invalide im Sinne der Invalidenversicherung sind. Darüber ist auf Verlangen eine ärztliche Bescheinigung beizubringen.

Das angegebene Existenzminimum erhöht sich noch für Familienväter. Hat der Rentenempfänger Kinder unter 15 Jahren, die nicht selbst aus einer öffentlichen Versicherung oder vom Staate eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamtjahreseinkommen anzurechnende Grenze um 3600 Mk. für jedes Kind. Elternlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Rentenempfänger ganz oder überwiegend bestreitet, werden den Kindern unter 15 Jahren gleichgestellt. Hat ein Rentenempfänger zwei Kinder unter 15 Jahren, so ist sein Mindestjahreseinkommen auf 50 400 Mk. festzusetzen.

Eine wesentliche Veränderung hat die Berechnung des Gesamtjahreseinkommens erfahren. Es wird nämlich die gesetzliche Rente überhaupt nicht mehr angerechnet, sondern nur noch die als Steuerzulage gewährte Rentenerhöhung. Ohne Zweifel ist dieses Verfahren vernünftiger und für die Rentenempfänger günstiger. Die Steuerzulagen, die von den Landesversicherungsanstalten und diesen gleichgestellten Versicherungsanstalten gewährt werden, betragen seit dem 1. Januar 1923 für Empfänger von Invaliden-, Alters- und Witwenrenten jährlich 9000 Mk., von Waisenrenten jährlich 4500 Mk. Das Arbeitseinkommen der Empfänger von Renten oder Ruhegeld bleibt bis zum Jahreseinkommen von 36 000 Mark außer Anschlag. Weiter sind nicht auf das Gesamtjahreseinkommen anzurechnen bis zum Betrage von 9600 Mark Bezüge aus der Militär- und Kriegsverordnung, aus der knappschüssigen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstühtungseinrichtungen sowie aus Sparguthaben. Bestehen geblieben ist der sehr nachteilige Satz, daß die Bezüge der Hinterbliebenen hierbei zusammenzurechnen sind. Er hat die widersinnige Wirkung, daß z. B. Witwen mit einer größeren Kinderzahl weniger erhalten als die mit einem Kinde oder zwei Kindern. Weiter fort besteht auch die Einrichtung, daß grundsätzlich Unterstühtungen durch Familienangehörige auf das Gesamtjahreseinkommen anzurechnen sind. Sie bleiben nur dann außer Betracht, wenn sie über die gesetzliche Unterhaltungspflicht oder über vertraglich übernommene Verpflichtungen hinausgehen. Das sind recht dehnbare Begriffe und im Einzelfall entsteht recht häufig Streit darüber. Der preussische Wohlfahrtsminister hält es in einer immer noch bestehenden Ausschreibungsanweisung für zulässig, den Umfang der gesetzlichen Unterhaltsansprüche in der Weise zu berechnen, daß dem Unterhaltspflichtigen die keinem Familienstand entsprechenden Höchsthöhe der Gewerkschaftsbeiträge verbleiben. Wenn das wörtlich angewendet würde, käme oft recht wenig öffentliche Kostensunterstühtung heraus. Zum Glück haben aber hier die Gemeinden ziemliche Entscheidungsfreiheit.

Kommt eine Erhöhung des Gesamtjahreseinkommens wegen des Vorhandenseins von Kindern nicht in Frage, sind andererseits auch nicht anderweitige Bezüge aus der Kriegsfürsorge, von Familienangehörigen usw. zu kürzen, so stellt sich die monatliche Unterstühtung von der Gemeinde für den Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente auf 2850 Mk., einer Witwenrente auf 2100 Mk. und einer Waisenrente auf 1225 Mk. Über selbst wenn Anrechnungen der erwähnten Art nicht vorzunehmen sind, können doch ausnahmsweise die Unterstühtungen anderweit festgesetzt werden, da sie sich „nach den Umständen“ des Einzelfalles richten sollen. So kann beispielsweise der Befehl von Haus-, Gar-

ten- oder Feldgrundstücken berücksichtigt werden usw. Die Festsetzung der Höhe der Unterstühtung hat unter Zugiehung von Personen aus den Kreisen der Verpfleger oder der Rentenempfänger zu geschehen. Als Wohnort und somit als Ort der Festsetzung der Unterstühtung gilt der Ort, in dem sich der Rentenempfänger nicht vorübergehend aufhält, sondern mit der Absicht längerer oder dauernder Verbleibens wohnt. Gegen die Festsetzung der Unterstühtung ist Beschwerde an die Aufsichtsbehörde (also in kleinen Orten an den Landrat, im übrigen an den Regierungspräsidenten) zulässig. Diese Behörde entscheidet endgültig.

Die Erhöhung der Unterstühtung auf die neuen Sätze hat rückwirkend vom 1. Dezember 1922 an zu geschehen. Sollte eine Gemeinde ihren Verpflichtungen nicht von selbst nachkommen, so muß der Rentenempfänger einen ausdrücklichen Antrag auf die Erhöhung stellen. Die Auszahlung hat in monatlichen oder wöchentlichen Teilbeträgen im voraus zu erfolgen. Erhält der Rentenempfänger in einer Anstalt (Invalidenheim, Armenhaus, Zerkennanstalt und dergl.) Wohnung und Verpflegung, so ist an seiner Stelle die Anstalt berechnigt, innerhalb der in dem Gesetz vorgesehenen Höchstgrenzen. Zuschüsse zu dem Pflegegeld zu verlangen, die aber nur bis zu Dreivierteln der Gesamtbezüge des Rentenempfängers beansprucht werden können.

Das Reich erhebt den Gemeinden 80 v. H. der von ihnen verauslagten Unterstühtungsbeiträge. Soll die Veranlagung der Unterstühtung durch einen Vertreter oder die Auszahlung an einen solchen erfolgen, so hat er eine Vollmacht beizubringen. Alle amtlichen Bescheinigungen usw. sind gebühren- und stempelfrei auszustellen. Eigentlich hat jetzt schon wieder die Geldentwertung die Unterstühtungssätze überholt, so daß eine Gesetzesänderung stattfinden muß.

## Gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer.

SPD. Der Steuerauschuß des Reichstags kam Donnerstag zur Beratung des Kernpunktes des Landessteuergesetzes, zu der geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer. Die Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion stellten den Antrag, die Erhöhung abzulehnen und dafür den Gemeinden 10 Proz. der Kohlensteuer zu überweisen. Der Antrag wurde kurz und treffend vom Genossen Rothmann begründet. Oberbürgermeister Scholz widersprach diesem Antrag und setzte sich für die Erhöhung der Umsatzsteuer ein. Nach ihm gab Reichsfinanzminister Hennes die Erklärung ab, daß es der Regierung angeht, des für 1923 zu erwartenden Defizits des Reichshaushalts von 1,4 Billionen Mark unmöglich sei, den Gemeinden Zuweisungen aus weiteren Steuern zu machen, wenn nicht gleichzeitig die Einnahmen erhöht würden. Er bat, den Antrag abzulehnen. Nachdem Genosse Bernheim noch einmal alle wirtschaftlichen, sozialen und auch juristischen Bedenken gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer vorgetragen hatte, war es an den bürgerlichen Parteien, sich zu äußern. Aber sie gingen alle, wie sich Herr Scholz ausdrückte, wie die Rahe um den heißen Brei, um die Erhöhung der Umsatzsteuer herum. Es zeigte sich, daß von allen bürgerlichen Parteien keine der rechten Mut fand, sich für die Erhöhung der Umsatzsteuer einzusetzen. Der Demokrat Reinhardt, der Bayerische Volksparteiler Merd und der Zentrumsvorsteher ten Hoppe gingen um eine klare Entscheidung herum, und der Deutschnationale Herat hielt eine demagogisch gefärbte Rede, ohne sich aber natürlich klar gegen die Umsatzsteuer zu entscheiden. Es kam es, daß die erste Lesung des Landessteuergesetzes im Ausschuß beendet wurde, ohne daß eine klare Entscheidung über die Kernfrage dieses Gesetzes, die Erhöhung der Umsatzsteuer, gefallen ist. Zwischen erster und zweiter Lesung werden nur die bürgerlichen Parteien mit der Regierung verhandeln, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden.

## Der Baustoffwucher.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages erörterte am Donnerstag der Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Bericht über die Maßnahmen zur Verbilligung der Baustoffe. Er konnte jedoch über solche Maßnahmen nur aus Mecklenburg-Schwerin, aus Thüringen, aus Baden und aus Preußen berichten. Ferner teilte er mit, daß der Einfuhrzoll für Schnitthölzer bedeutend herabgesetzt worden sei, außerdem werde mit dem Reichsverkehrsministerium verhandelt, um billigere Tarife für Holz zu erlangen. Die Erklärungen des Regierungsvor-

stehers machten auf den Ausschuß einen sehr ungünstigen Eindruck. Nicht nur die Sozialdemokraten, auch Gegner des Zentrums und der Demokraten griffen die Regierung heftig wegen ihrer Unfähigkeit gegenüber den trotzlosen Verhältnissen auf dem Baustoffmarkt an. Die Genossen Dörmer und Kuhnt bezeichneten die Regierungserklärungen als vollkommen ungenügend und erinnerten an die Erklärung der Sozialdemokratie, daß sie eine Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe nur bewilligen könne, wenn dem Baustoffwucher wirksam entgegengetreten werde. Auch der Zentrumsvorsteher Kertthaus sagte, daß er den Baustoffwucher nicht mehr verantworten könne und eine Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe ablehnen werde, wenn die Regierung nicht Renommensverluste leiste. Schließlich wurde auf sozialdemokratischem Antrag ein Unter Ausschuß eingesetzt, der sich sofort mit dem Stadtschultheißen des preussischen Landtages in Verbindung setzen soll, damit Reich und Preußen gemeinsam juristisch gegen den Holzpreisanstieg vorgehen können. Dann folgte der Ausschuß die Beratung des Mietvertragsgesetzes an.

## Wer ernennet in Deutschland Offiziere?

Immer wieder wird die Fiktion aufrecht erhalten, daß die Offiziersvereine, die in den letzten Jahren entstanden sind, weiterhin nichts seien als Vereinigungen zur Pflege kameradschaftlicher Gesinnung. Wer etwas genauer hinter die Kulissen dieser harmlosen Vereine blickt, erlebt allerdings manchmal sein blaues Wunder. In dem soeben erschienenen Heft 41 der sozialistischen Zeitschrift „Die Glocke“ wird auf ein Tätigkeitsgebiet dieser Offiziersvereine hingewiesen, das auch den Herrn Reichswehrminister interessieren dürfte. Die Pflege des kameradschaftlichen Geistes dokumentiert sich nämlich auch darin, daß die Offiziersvereine — „Igl. preussische Jährenjunker“ — ernennen, die dann nach einiger Zeit zu Leutnants „befördert“ werden. In den Kreisen von Rittergutsbesitzern, hohen Beamten usw., namentlich in der Provinz, gilt es als selbstverständlich, daß die Herren Söhne, wenn sie das 17. oder 18. Lebensjahr erreicht haben, als „Jährenjunker“ in ein Regiment, nein doch, in einen Offiziersverein eintreten. Es ist auch keine Seltenheit, daß solche jungen Würstchen, wenigstens zu Hause in ländlicher Abgeschiedenheit, die Jährenjunkeruniform eines alten, längst nicht mehr existierenden Regiments tragen. Ja, es sollen noch seltsamere Dinge passieren. In militärischen Stellen sollen von den Offiziersvereinen Aufträge erhalten, über das Vorleben von Eltern und jungen Leuten Auskunft zu erteilen. Wie möchten hiermit an den Reichswehrminister in aller Form die Frage richten: Was ist ihm über diese Art Tätigkeit der Offiziersvereine bekannt? Was gedenkt er gegen die alten Offiziere zu unternehmen, die sich das Recht anmaßen, „Igl. Jährenjunker“ und „Igl. Leutnants“ zu ernennen? Weiter möchten wir an den preussischen Kultusminister die Frage richten, ob ihm bekannt ist, daß es in den preussischen Garnisonen 17- und 18jährige Burschen gibt, die sich voll Stolz „Igl. preussische Jährenjunker im Igl. preussischen ... Regiment“ nennen?

## Devisen-Kurse.

Berlin, 13. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		12. Januar.	11. Januar.
Amsterdam	1 fl.	4117.17	4119.67
Brüssel (Anwerpen)	1 Frs.	683.88	685.85
Kristiania	1 Kr.	1940.18	1935.15
Kopenhagen	1 Kr.	2074.80	2092.75
Stockholm	1 Kr.	2798.52	2788.—
Helsingfors	1 finn. Mk.	256.85	256.85
Rom	1 Lire	513.71	521.19
London	1 £	48228.87	48378.75
New York	1 Doll.	10398.98	10423.27
Paris	1 Frs.	723.18	715.70
Zürich	1 Frs.	1985.07	1970.06
Madrid	1 Pesetas	1655.90	1655.90
Wien	100 Kr.	14.86	14.88
Prag	1 Kr.	296.25	296.25
Budapest	1 Kr.	3.94	3.99

## Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eibez.

62. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
„Heute und morgen wird sie wohl noch nicht sterben“, meinte Niels. „Es geht langsam bergab mit ihr.“  
„Dann fahre ich mit Niels“, schlug Frauke vor. „Ich schreibe dir dann gleich, wie es steht, und wenn es not tut, telegraphiere ich. Mich könnt ihr hier eher entdecken. Die Wachenborn kann schon mal einen Mehlbeutel oder Raucherfleisch mit Senfkraut kochen. Sollte sie nicht allein fertig werden, kann sie die Waschküchle zu Hilfe nehmen.“  
„Ja, das geht“, meinte Niels.  
„Jan hat ihr dankbar in die Augen. Ja, Frauke, sei in Gottes Namen, du wirst schon das Richtige treffen.“  
„Kun gut“, sagte Frauke. „Ich will mich zurückmachen und für das Essen sorgen; nach dem Mittag gehen wir.“

Frauke Steffens trat an Tine Thomsens Krankenlager. Wenn sie nicht gemerkt hätte, daß es Tine wäre, die dort auf dem laubeten, rot und weiß gestrichelten Kissen lag, sie hätte sie nicht einmal wiedererkannt. Entsetzlich bleich sah Tine aus, ihr Haar war silberfarbig geworden, nur ihre Augen waren groß und leuchtend wie immer.

Beide legte sich Frauke auf die Bettkante. Sie schickte ihr das Kissen glatt, sie beugte sich tief über sie, sobald die Kranke nur ein wenig die Lippen öffnete.

Sie konnte den stolzen Nacken so tief beugen. Sie konnte die helle Stimme zu einem so leisen Tone dämpfen. Ihre Lippen, heller Augen konnten so sanft und liebevoll bliden.  
Merkwürdig, Tine empfand nicht mehr die Scheu vor ihr, die sie einst vor dem stolzen klugen Mädchen gehabt hatte. Es war ihr, als wäre eine Liebe, alte Freundin zu ihr gekommen. Die beiden verstanden sich so gut, als hätten sie viele Jahre, viele Meilen und viel Leid zwischen ihnen gelegen.

„Das ist meine Mutter“, sagte Tine und deutete auf Frauke. Die alle Augenblicke mit einer Rumme Suppe, einer Tasse Haferschei oder einem weichgekochten Ei hereinkam und Tine am liebsten totgerührt hätte. Frauke verstand, was das heißen sollte: meine Mutter. Nach der wirklichen Mutter hätte sie kein Verlangen.

Als Frauke ins Zimmer trat, sah Frauke sofort an der Leinwand mit an, was sie nur sich hätte.  
Da empfand Frauke, wie hoch sie in den Augen der todtrauen Janu hand, dieser Frau, die allem beruht war, sie zu richten.

Ein Gefühl der Scham, wie sie es nie empfunden, befiel sie. Als sie aber nach immer Tines fragende Augen auf sich gerichtet sah, sprach sie: „Ja, sie steht mit ähnlch; sie ist bloß noch viel hübscher als ich.“

„Sie hat einen Bräutigam, Mars Horbel von Horbelshof“, sagte Tine, und sie winkte Janne mit den Augen, daß sie etwas von ihm erzähle.

Janne erzählte frohend mit heißen Wangen, und die Mutter härtete mit seltsamem Lächeln zu.

„Ich muß aber noch ein Jahr die Milchwirtschaft lernen“, sagte Janne wichtig, „ehe gibt es keine Mutter nicht zu.“  
„Dann kommst du mit mir nach Spätlinghof kommen: ich will dir alles zeigen.“

In Tines Antlitz gruben sich Reginalten.  
„Nein, nein“, flüsterte sie, „nicht nach der Mark, da ist es so kalt.“

Frauke sah sie an und begriff, daß sie nicht die äußerliche Kälte meinte, sondern die innerliche, die von dem Herzen der Menschen ausströmte. Sie begriff es, weil sie selber seit Jahren unter dieser Kälte litt. Aber bei ihr war es dennoch etwas anderes; die Mark war ihre Heimat. Sie konnte sich nicht von ihr trennen.

„Ja“, sagte sie. Mit der Mark geht es einem wie mit einem kalten, wortkargen Menschen; man muß sie erst ganz genau kennen lernen, wenn man sie kugbewirten will.“

„Wann kommt Jan?“ fragte die Kranke.  
„Morgen oder übermorgen, er kommt ganz bestimmt.“

Während Frauke an Tines Bett lag und ihr die Lippen glättete, die Medizin reichte und ihr jedes Wort, jeden Wunsch vom G. sagte, fuhr Jan in großer Unruhe hin und her.

Nach waren sie dabei, das letzte Fieber auszulassen, da fing es an zu regnen. Unter dem Juch der Blitze und dem Rollen des Donners, und Gott und Hü und Heilighemall rollte der letzte hochbeladene Heumwagen in die Lohdiele von Spätlinghof.

Jan bekam am anderen Vormittag einen Brief von Frauke, worin sie schrieb, daß Tine wohl sehr schwach und krank sei, daß man aber hoffen dürfe, sie noch eine Weile am Leben zu erhalten. Jan sollte sich Zeit lassen mit der Reife und ruhig erst alles zu Hause ordnen. Eine Stunde später erhielt er ein Telegramm, welches die Worte enthielt: „Komm sofort, es geht zu Ende.“ Da ran sich Jan in größter Eile an und ließ sich vom Knecht nach Sulzbach fahren, um nach dem Mittagszug nach Heide zu erreichen.

Gegen Abend langte er in Hellingstedt an. Er hatte, da die Post schon fort war, den Weg von Heide zu Fuß zurücklegen müssen. Müde, vom Regen durchnäht, kam er an.

Am Freitag hatte Frauke eine kleine Unterredung mit Janne gehabt und war froh, das junge Mädchen schon seit Stunden am

Wohnsaufenfenster und wartete auf einen großen Mann mit blondem Bart, der eintreten sollte.

Als Jan sich endlich nach dem Häuschen mit der Sonnenuhr gefunden hatte, öffnete sich die Tür von selbst und auf der Schwelle stand ein feines, junges Mädchen mit hellem Haar, wie eine aufgeschlüßte Rose anzusehen. Es war das selbe junge Mädchen, das einmal an ihm vorübergegangen war, wie ein Bild, das einem nicht fremd ist. Sie sah ihm selber ähnlich und war keine eigene Tochter. Beide Hände streckte ihm das liebevolle, junge Kind entgegen und sagte mit ihrer hellen, zitternden Stimme: „Guten Tag, mein Vater.“

„Mein Kind“, sagte Jan tief erschüttert. Er hielt sie in den Armen und sah ihr in die Augen.

Er hatte den ganzen langen Weg über Tines Bild vor Augen gehabt, ihre dunklen, forschenden Augen, ein bleiches Antlitz, vom wirrem, schwarzen Haar umrahmt, und nun trat ihm frisch und rosig, wie ein hochseliger Gruß ihre Tochter entgegen. Ihre Tochter — seine Tochter — sein eigen Fleisch und Blut.

„Mein Kind, mein einziges, liebes Kind!“ Mehr konnte er nicht sagen.

Janne half ihm aus dem Regenrod. „Erst trinkt du Kaffee trinken“, sagte sie, und schon stand hinter ihr Tine mit heißem Kaffee und frischen Kellerröschchen.

„Wo ist Frauke?“ fragte Jan.  
„An Mutters Bett. Die läßt sie nicht von sich. Kun trink erst, Vater, dann geh mit hinein.“

Jan betrachtete seine Tochter. Er sah frisch und ungewöhnt sie sich bewachte, wie das warme Blut in ihr pulsierte. Nein, an ihr war nichts von der krankhaften Scheu, nichts von der demüthigen, dienenden Art der Mutter. Ihre Augen blidten hell, es lag nichts darin von der geheimen Qual, von dem Fortgehen und Fahren, das in Tines Augen immer gelegen hatte.

In der Stubentür erschien Frauke. Sie legte den Finger auf den Mund und winkte mit Wiser, fast unmerklicher Kopfbewegung; Hand in Hand folgten ihr Jan und seine Tochter.

Es war ein kühles, nicht unheimliches Zimmer, in dem Tine lag. Vor dem Fenster war ein Gewirr von großen grünen Blättern. Draußen zwischerten die Stare.

Tine lag ganz in weißen Rissen. Diese hatte die feinsten weißen Bezüge aus dem Schrank hervorgeholt; nichts erschien ihr gut genug für Tine.

War das wirklich Tine, diese Frau mit dem bleichen, abgemagerten Gesicht und dem silberglänzenden Haar? Ja, es waren ihre Augen: ihre wunderbar großen, dunklen Augen. Aber sie blidten klar und ruhvoll, als hätten sie schon den Stimmek Jan las keine Frage mehr in ihren Augen, kein Fortgehen nach ungewöhnlichen Umständen, keine Angst vor dunklen Gemüth.

Fortsetzung folgt.

# Persil bleibt Persil

Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert.

in alter bewährter Güte!  
geeignet für alle Arten von Wäsche.

Niemals löst! Nur in Originalpackung!

Alleinige Hersteller: HENKEL & CO., DÜSSELDORF, auch der alibewährten „HENKO“ (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).

## Mitbürger und Mitbürgerinnen Lübeds!

erscheint in Massen zu einer flammenden Kundgebung gegen die Bergewaltigung Rheinlands, Westfalens und des Memellandes

**Sonntag, den 14. Januar 1923, 11 Uhr vormittags**  
**in der Stadthalle.**

Redner: Prof. **Anthes.**

**Die Grenzmarken - Vereine:**

Rheinländer-Verein.

Schleswig-Holsteiner Bund.

Bund der Ostmärker und Westpreußen.

Rechtshilfe, polnisch, A 645 an der Ecke, 1919

**Kaufe Leinöl.**  
11883 Mitterstraße 11, I.

**Bücher-Ankauf!**  
Kaufe alle Bücher, wie wissenschaftl. Werke, gute Romane, Noveellen, Lesebücher, etc. gut Preis. J. Lubinski, 11887 Beckstraße 11.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

11887 Beckstraße 11, I.

**Hafen, Sanit., Ziegen- u. alle andere Zelle, Pferde-, Rugschweifhaare**  
J. C. Würzburg, Wahrenstr. 22a.

**Röhrenbrennen**  
Th. Fr. W. Dese, Wahrenstr. 188.

**Dr. Unger**  
Wahrenstr. 188.

**AL. Meyer Uhrmacher**  
Wahrenstr. 188.

**Visitenkarten**  
Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

**Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.**  
Selig L. Cohn, Wahrenstr. 188.

**Selig L. Cohn,**  
Wahrenstr. 188.

**Beitragsmarken**  
für Vereine, Gewerkschaften

fertig am u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

**Alles steigt rapide!**

Daher zahle ich täglich erhöhte Preise für Gummi, Knochen, Tapeten, Fäden, Eisen und Metalle.

**H. Zölck** Langer Lohberg 34, Telefon 8758.

**24 Bei St. Johannis 24**

Ich bin Käufer von Lumpen, Knochen, Papier, Altsisen, Altmetalle, Fellen (alle Sorten) sowie Gajen, Kaninchen, Ziegen-, Schaf- und Kalbfellen.

Beste Preise für Pferdehaare, trockene und nasse Scherwollehaare.

**H. Oppler, 24 Bei St. Johannis 24.** Bitte genau auf Nummer achten.

**Törpers Produkt.-Zentrale**

Schwarz. Allee 24-26. Telefon 1575.

Sehr Abgabequelle für

**Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen usw.**

Händler, Schlossereien, Schmiedereien und Klempner

erhalten Vorzugspreise.

**Kanin Katzen Hasen Hirs Marder**

**Fuchs Maulwurfstelle**

erhalten höchsten Preisen für eigenen Bedarf

**Hermann Boy, Holz-Spezial-Geschäft**

Sandstr. 21 gegenüber Hotel Stadt Hamburg

**60 Mühlenstraße 60**

gibt immer noch den besten erfindenden Lagerfeuer für

**Eisen, Lumpen, Metalle, Fäden, Papier, Haare, Felle, usw.**

Bei Besuchen u. Gehen Ausweis erforderlich.

**Lissner & Goldschmidt, Telefon 442.**

Mein großes Lager in

**eisernen Ofen und Kachelöfen**

ist rechtzeitig und günstig eingekauft und macht es mir deshalb auch heute noch möglich, sehr vorteilhafte Verkaufspreise zu stellen.

Angenehme Blickmantelefen schon von Mk. 1400 an. Sägemehlefen „Helio“ Mk. 25000.

Lager-Beschäftigung erbeten.

**Adolf Borgfeldt, Mühlenstr. 36-44.**

**Beste Preise**

für

**Gold, Silber, Platin, Double**

(Bruch und Gegenstände)

**Brillanten**

schalt (11811)

Goldschmied

**Carl Michaelisen**

Mühlentrafik 3 (am Ringenbera).

**+ Magerkeit +**

Schöne volle Körperformen durch unser „Sage“ Kraftpulver

in 4 bis 8 Wochen bis 30 Pf. Zunahme. Garantie, ungeschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankbriefe. Preis Karton mit Gedr.-Blatt. Mk. 400. Porto extra.

Alleinige Niederlage

**Adler-Apotheke.**

Lübeck, Ob. Mergstr. 10

11814

**Bereits- u. Bergung-Anzeigen**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** (11835)

Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung**

der Kohlenafford- und Kohlenplatzarbeiter

am Montag, 15. Januar abds. 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Tageslohn.

2. Bericht der Lohnkommission.

Die Ortsverwaltung.

**Heute und morgen** (11839)  
**Große Geflügel-Ausstellung**  
im „Friedrichshof“, Schwarmlauer Allee 111.

**St. Gertrud-Schweinegilde.**

Sonntag, 14. Jan. nachm. 4 Uhr (11817)

**Versammlung**

**Roedstr. 45.**

**Volkschule.**

Folgende Lehrgänge beginnen in der kommenden Woche: 1. Literatur (Dr. Kofenthal), 4. Literatur (Frl. Deijer), 15. Bilanzkunde (Dr. Bernhardt), 16. Gesundheitslehre (Frl. Dr. Haas).

(11888) Dr. A. Möbusz.

**Sterbek. Die Vertrauliche** (11818)

Generalversammlung am Sonnt. 11. Febr. 10 U. vorm. bei Knorr, Ringdgb.

**Café „Vaterland“**

Täglich Konzert der (11807)

Hamburger Künstler-Vereinigung.

Direktion: Adolf Martens

**Gledermans**

Außerdem nachm 4 Uhr 11815

**Hansa-Theater.**

Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr: (11832)

Der neue Erfolg

**Die kleine Sünderin.**

Sonntag 8 Uhr: (Aus Anlaß des nationalen Trauertages)

Einmaliges Gesamtgastspiel des Deutschen Schauspielh. Hamburg:

**Die Siebzehnjährigen.**

Schauspiel in 4 Akten von Max Dreyer.

Montag 7 1/2 Uhr: **Die kleine Sünderin.**

**Stadtheater Lübeck**

Sonnabend 7.30, Volksbühne: **Waldgefang.**

Sonnt. 10 Uhr, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bünde: **Don Juan.**

3 Uhr: **Renner en Dact.**

7.30: **Fidelio.** (Fidelio... Gast.)

Montag 7.30: **Waldst. Konzert.** (11829)

Dienstag 7.30, Buchst. B: **Don Juan.**

Voranzeige! Mittwoch: Einmaliges Gastspiel Tanzbühne **Laban: Der schwingende Tempel.**

**Fachgruppen Klein- u. Großhandel, Industrie.**

**Versammlung**

Montag, den 15. Januar, bei Richter, Markthalle, abends 6 1/2 Uhr. (11841)

Stellungnahme z. d. Januarforderungen.

**Maskenball**

der Kraftfahrer Lübeds

am Sonnabend, 27. Jan. 1923

im Konzerthaus „Flora“

Kartenvorverkauf im Musikhaus Jack, bei Nagel am Markt und bei den Kraftwagentüherern am Markt und Bahnhof. (11842)

**Luisenlust.** Sonnabend, 20. Januar

1. Preis-Maskenball. (11819)

**Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.**

Passage-Vertreter für Lübeck Carl Lassen, Gr. Allee 22/24.

**Filmvorträge.**

Eine Reise nach Südamerika m. d. Schnelldampfer

„Cap Polonia“

Redner: Kapitän Carl Herbert

am 17., 19. und 20. Januar 1923,

nachmittags 4 1/2 Uhr im (11846)

„Kolosseum“.

Einheitspreis Mk. 120.—, Klassenführung 10 Stunde vor Beginn. Kartenvorverkauf bei Ernst Habart.

## Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 13. Januar.

### Der Sonntag in Lübeck.

Der Senat hat für Sonntag beschlossen: Alle staatlichen und kommunalen Dienstgebäude haben am genannten Tage halboff zu flagen. Theateraufführungen sowie Vorstellungen von Lichtbildern und Lichtspiel n haben zu unterbleiben, sofern nicht der ernste Charakter der Veranstaltung gewahrt ist. Verboden sind alle öffentlichen Langveranstaltungen, Bälle und Lustbarkeiten. Eine Verlängerung der Polizeistunde ist unzulässig.

### Geltende Verber für das Ruhrgebiet.

In einigen Orten der Provinz Hannover sind in den letzten Tagen dunkle Exzessen aufgetaucht, die angeblich Werbungen für das Ruhrgebiet vornehmen wollen. Die Behörden sind angewiesen, diesen Treiben, von dem man nichts weiß, ob es von rechtsradikalen Abenteurern oder französischen Provokateuren ausgeht, entgegen zu treten. Auch ist das Reichsverkehrsministerium ersucht worden, die ihm nachgeordneten Stellen zu veranlassen, ein besonderes Augenmerk auf zweifelhafte Personen zu richten, die Fahrkarten nach bestimmten Plätzen des neu besetzten Gebietes verlangen.

Diese Meldung des Berliner Tageblatts hat einen stichhaltigen Hintergrund. Auch uns ist bekannt, daß sich in Lübeck einige junge Leute reisefertig gemacht haben, um in das Ruhrgebiet abzudampfen. Arbeit haben sie dort, wie sie versicherten, nicht, „würden aber schon etwas finden“. Was steht dahinter?

### Hinter den Kulissen.

#### Neue Miets-Erhöhung in Stadt?

In der Hauptversammlung des Neuen Grundeigentümervereins wurde nach dem Bericht der bürgerlichen Presse folgendes Schreiben des Wohlfahrtsamtes verlesen:

„Das Wohlfahrtsamt ist vom Senat beauftragt worden, ihm demnächst zu berichten, ob sich am 1. Februar eine weitere Erhöhung der geschätzten Miete, insbesondere der Vergütung für Verwaltungsmiethen des Hauseigentümers, empfiehlt. Unter Umständen könnte aber, angesichts der wieder gestiegenen Materialpreise und Löhne, auch eine Erhöhung der Zuschläge für Instandsetzungsarbeiten in Frage kommen.“

Das Einigungsamt habe den Verein ersucht, für eine am Freitag nachmittags stattfindende Verhandlung Vertreter zu entsenden, in welcher diese Frage erörtert werden soll. Die Hauseigentümer und ihre gefällige Presse geben sich in der Bürgerstadt den Anstrengungen, als ob sie die Mieter vor Miets-Erhöhungen schützen wollten. Wir haben schon öfters betont, daß dies nur fauler Zauber sei. Die Treibereien im Hinterhalt, die aus dem obigen Schreiben herausleuchten, bestätigen unsere Überzeugung. Denn wir können nicht annehmen, daß der Senat aus eigenem heraus einen Bericht des Wohlfahrtsamtes gefordert hat. Wir müssen uns aufs Schärffste dagegen wenden, daß mit der Miets-Erhöherung das gleiche Theater von Monat zu Monat gemacht wird wie etwa mit den Milchpreisen.

### Achtung!

### Achtung!

Wahl der Ausschussmitglieder der Landesversicherungsanstalt. Die Vorstandsmitglieder aus dem Kreise der Versicherten sämtlicher Betriebs-, Innungs- und Ortskrankenkassen haben am Sonntag, dem 14. Januar d. J., die Wahl der Ausschussmitglieder für die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte vorzunehmen. Die Wahl in Lübeck findet statt vor-mittags von 10 bis 12 Uhr im Gerichtshaus, Große Burchstraße 4, im zweiten Stock, Zimmer 66 (Bureau des Ober-verwaltungsamtes). Die freigewerkschaftlich organisierten Vorstandsmitglieder der Krankenkassen werden ersucht, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimmzettel abzugeben mit der Aufschrift: Wahlvorschlag I (Liste Bauer). Diese Liste ist von den Ortsausschüssen der drei Hansestädte aufgestellt.

Der Vorstand des UOB.

Wichtig jedes freigewerkschaftlichen Vorstandsmitgliedes von Krankenkassen (Innungs- und Betriebskrankenkassen) ist es, sich an der Wahl zu beteiligen.

Unerschütterliche Anstrengungen der Notlage eines Arbeitslosen von den Lübecker Neuesten Nachrichten. Ein kaufmännischer Angestellter, der durch die Verhältnisse gezwungen war, seinen Beruf aufzugeben und sich als Handarbeiter ernähren mußte, hatte das Unglück, arbeitslos zu werden. Da er eine sehr große Familie (7 Kinder) hatte, mußte er sich nach irgend einer Erwerbsmöglichkeit umsehen. Am 15. 12. 22 wurde er von den Lübecker Neuesten Nachrichten (Besitzer Coleman) für schriftliche Arbeiten eingestellt. Am Wochenschluß erhielt er dann den fürstlichen Lohn von 50 Mk. pro Stunde (fünftägig März). Hiermit konnte er seine Familie nicht ernähren. Als der Betriebsrat vorstellig wurde und versuchte, eine bessere Entlohnung für den Mann zu erzielen, wurde erklärt, S. möchte den Antrag schriftlich einreichen. Das ist geschehen und ist nun ab 2. Januar 23 der Lohn auf 100 Mk. pro Stunde (einhundert März) erhöht worden. Am 10. Januar wurde S. wegen Arbeitsmangels entlassen. Nach dem erhaltenen Zeugnis hat er seine Arbeiten zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt. Wir bringen dies zur Kenntnis, damit man erkenne kann, wie weit es den Kapitalisten in dieser schweren Zeit ermt ist, eine Einheitsfront mit den Arbeitern herzustellen. Jeder Arbeiter sollte hieraus die nötigen Konsequenzen ziehen.

Idolf Löwigt.

**Volkschule.** Nachdem in der abgelaufenen Woche noch viele Neuanmeldungen stattgefunden haben, hat der Verwaltungsausschuß beschlossen, 4 weitere Lehrgänge einzurichten (siehe Anzeige!), sodas im ganzen in diesem Vierteljahre 16 Lehrgänge abgehalten werden.

**pb. Felgenommen** wurde ein an der Wakenhauer wohnhafter Maschinenhändler, der ein Faß Del, das er für einen Bekannten verkaufen sollte, wobei der erzielte Gewinn zu gleichen Teilen gehen sollte, unterschlagen und das Geld zur Deckung seiner Schulden und zum eigenen Gebrauche verausgabt hat. — Festgenommen wurde ein in der Lichten Quersstraße wohnhafter Arbeiter, der auf dem Hofeswerft größere Mengen Eisen gestohlen und zu keinem Nutzen verwandt hatte.

**pb. Die üblichen Fahrraddiebstähle.** Aus einem Hausflur in der Schmalenstraße wurde ein Fahrrad Marke „Baria“ und aus einem Hause in der Breiten Straße ein Rad Marke „Adler“ gestohlen.

**pb. Gestohlen** wurden einem Landmann in Stordelsdorf zwei Zedernbäume.

## Die Rundgebung im Gewerkschaftshaus.

Gegen französische Gewaltpolitik. — Gegen alle Feinde der Republik.

Die von der sozialdemokratischen Partei in Lübeck einberufenen, von Tausenden besuchte Versammlung protestiert mit Schmerz und Entzückung gegen die erneute rechtswidrige Besetzung deutschen Gebietes durch französisch-belgische Truppen.

Diese militärische, grausame Maßnahme muß die deutsche Weisheit auf das tiefste erschüttern, dem deutschen Volke neuen Hunger und neues Elend bringen.

Alle Proletarier, sämtliche Gewerkschaften der Welt müßten sich einig sein, in der Verurteilung der französischen Gewaltpolitik.

Gegen jede Eroberungslust! Für Völkerverständigung und Weltfrieden!

Diese Entschlieung wurde am Freitag abend von Lübecks Arbeiterschaft, von der weit über 3000 im Gewerkschaftshaus versammelt war, widerspruchslos angenommen. Es war wieder einmal eine jener Massenversammlungen, wie sie bei wichtigen Anlässen die Lübecker arbeitende Bevölkerung stets zusammenbringt. Als Sprecher war der frühere Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt erschienen, der in anderthalbstündigen Ausführungen das vollständig besetzte Gewerkschaftshaus zu fesseln verstand. Scharf rechnete Genosse Schmidt mit den französischen Gewaltpolitikern ab, ernsthaft verwies er aber auch auf die vernichtende Kriegsarbeit der deutschen Militäristen. Aggressiv ging Genosse Schmidt vor allem aber gegen die deutschen Feinde der Republik vor, jene geheim und offen wirkende nationalsozialistischen Elemente, die die wahren Urheber des Krieges, des wirtschaftlichen Niederganges und unserer grenzenlosen Not sind.

Kühnig hörte die Versammlung den einzigen Diskussionsredner, den Kommunisten Kof, an, der durch schlaue Winkelzüge die aufbauende Arbeit der Sozialdemokratie zu verdrehen und abzuleugnen versuchte. Wesentliches wußte Kof natürlich nicht zu berichten, er war aber auch nicht in der Lage, außer dem kommunistischen Alibi, der Diktatur, Besseres vorzuschlagen. Genosse Schmidt kennzeichnete den kommunistischen Idealstaat und legte die wirklichen Erfolge kommunistischer Tätigkeit offen: diese Erfolge gipfeln in völliger Diktatur der Reaktion und der Anhebung der Arbeiterschaft in außerdeutschen Ländern.

Die Versammlung wäre ohne jeden Zwischenfall verlaufen, wenn nicht ein der kommunistischen Partei angehöriger Laubstummer beim Schlußwort des Referenten einen Wutanfall bekommen und Schmidt einige Zeit am Sprechen verhindert hätte. Da dieses bereits die dritte große Versammlung ist, die der Mann ungehörig stört, so kommen wir zu der Überzeugung, daß es sich um eine einzig dastehende kommunistische Taktik handelt. Sie richtet sich von selbst. Daß Lübecks Arbeiterschaft mit geringer Ausnahme treu zur Sozialdemokratie als beste Vertreterin ihrer Interessen steht, bekundete das Einkommen in den brausenden Hochruf, den der Versammlungsleiter, Genosse Paul Löwigt, für Völkerverständigung, Weltfrieden und Sozialdemokratie ausbringen ließ.

Genosse Schmidt ging eingangs seiner Rede auf die Gewalttat der französischen Regierung ein. Deren Mord, es handle sich um keine militärische Maßnahme, sei schandhaft, die sich zur Scham gezeige. Die Bevölkerung des Rheinlandes habe so schon schwer genug unter der Besetzung zu leiden gehabt. Was ihr heute zugemutet werde übersteige jeden bisher gekannten militärischen Maßstab. Dadurch werde die Angabe der Franzosen bei Kriegsbeginn, sie führten den Krieg für die Kultur, vollkommen grausam widerlegt. Auf die Dauer sei es unmöglich, eine Bevölkerung wider Willen einem Erobererstaat anzugliedern. Dies beweiße auch die Freiheitsbewegung der Niederlande. Hof, Zwietracht und Neid ist im Völkerverleben niemals aufbauend gewesen. Deutschland habe das Bestreben, begangenes Unrecht wieder gut zu machen. Dies zeigen die Holz- und Kohlenlieferungen, die uns zwingen, Holz und Kohlen einzuführen. Die wahren Urheber der französischen Nachhader sind wirtschaftlicher und politischer Art. Sie wollen aus politischen Gründen ihr Machtbereich ausdehnen. Deutschland soll wirtschaftlich lahmgelegt werden. Die nordfranzösische Erzindustrie streift ihre Hand nach der Ruhrkohle aus, um ihre Schwerindustrie zur ausschließlichen Macht zu erheben. Diese Pläne sind für die deutsche Wirtschaft vernichtend. Das Vorgehen der französischen Industriellen ist angefaßt unserer billigen Holz- und Kohlenlieferungen noch unbegreiflicher. Viel hat der deutsche Militarismus in Frankreich vernichtet, ungeheure wirtschaftliche Werte zerstört. Sein Sozialdemokrat und auch kein Verständiger aus dem Bürgerium verkennet, daß wir dies wieder gut machen müssen. Aber die Franzosen selbst haben wenig zum Wiederaufbau getan, für den sich insbesondere die deutschen Gewerkschafter und die Sozialdemokratie einsetzen. Entgegenkommen hat Frankreich nicht bewiesen. Der ernste Wille zum Aufbau des schwerbeschädigten Nordfrankreichs fehlt den dortigen Machthabern. Das heutige Reichskabinett hat eine schwere Aufgabe zu erfüllen. Bezeichnend ist, daß heute die Deutsche Volkspartei im Kabinett nicht mehr gegen die Erfüllungspolitik auftritt, während sie gegen die Regierung nicht deshalb Opposition machte. Keine Partei kann sich heute auf etwas anderes als auf den Protest gegen das gebrochene Recht berufen. Die Kommunisten allerdings propagieren den Widerstand und Generalstreik. Der Widerstand dieser Agitation wird am besten an den politischen Verhältnissen des Auslandes illustriert. Siehe Italien und Frankreich, wo jeder kommunistische Einfluß null und nichtig ist. Auch die englische Arbeiterbewegung hat trotz des kleinsten kommunistischen Einflusses verhältnismäßig geringen Erfolg. In Amerika ist keine Arbeiterbewegung, die hinter uns steht. Wenn etwas unternommen werden soll, gehört eine einzige Arbeiterbewegung dazu. In Deutschland in solcher Zeit der Bürgerkriegs herbeizuziehen, wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Eine Arbeiterregierung in Deutschland würde bei den Franzosen glatte Ablehnung erfahren. Sie hätte unendlich schwerere Folgen auf dem Lebensmittelmärkte als während des Krieges, weiterer Einmarsch der Franzosen blieb unvermeidlich. Auch England hat sich bei der Entente keinen entscheidenden Einfluß verschaffen können, obwohl es seiner geographischen Lage wegen besser dastehet als Deutschland. Die Kommunisten haben eine Völkerverbindung mit den Deutschen national. Sobald wir von Wirtschaftlichem Gebrauch machen, hätten wir den gesamten Ententemilitarismus gegen uns. Deshalb ist die For-

derung der Kommunisten eine Torheit, ihre Vermittlung wäre ein Zerklaffen der Republik, deren stärkste Stütze die Sozialdemokratie ist.

Die Gehe gegen die deutsche Republik geht in erster Linie von der Militärfache aus, die ihrem Einflußkreis entzogen ist. Die Deutschnationalen waren früher die Anwärter sämtlicher einflussreichen Staatsstellen, daher ihre Wut gegen die Republik. Unter Volk ist für die Republik noch nicht genug ertragen, es steht im deutschen Volke noch zu viel in der Schale amerzgener Autoritätsglaube. Politische Reife braucht Zeit zur Auswirkung. Unsere Republik mit ihrer freien Verfassung hat politische Reife zur Vorausbildung. Wäre unter Volk politisch reifer, würden nicht so viele Beamte und Ansetzelle reaktionärer Parteien, den Junkern und Antisemiten nachlaufen. Einem Oberburg ist sogar das Kabinett Cuno noch zu schlapp; er hofft noch auf den starken Mann! Wenn es Cuno gelangen wäre, dem deutschen Volke Vorteile zu verschaffen, wären wir gewiß nicht neidisch gewesen. Aber trotz des Vorwurfs gegen das Kabinett Wirth konnte auch Cuno keine andere als Erfüllungspolitik treiben.

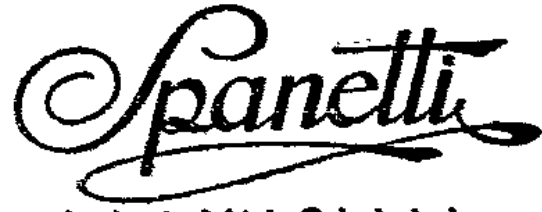
Von Bedeutung ist die Frage, ob die Republik schuld am wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands ist. Nichts anderes als den jetzigen Verhältnissen ist schuld als die Ursache des Krieges, die Deutschnationalen, die Vertreter der Monarchie, sind die Schuldigen. Diese Leute haben ihren Gözen Wilhelm den Zweiten, einem Manne, dem 66 Millionen Menschen anvertraut waren, als Trödel charakterisiert. Trotzdem haben sie dessen Politik unterstützt.

Wir haben unser Vermögen während des Krieges verloren und sind einem unerhörtlichen Gläubiger ausgeliefert. Heute leben wir in größter Not, während andere zu Reichtümern gelangt sind, wirtschaftliches Elend ist in allen Industriezweigen vorhanden, die Arbeitslosigkeit überall größer als je zuvor. England, Belgien, Amerika haben einen ungeheuren Rückgang der Vieh- und Rohlenproduktion zu verzeichnen. Der Weltmarkt umfaßt heute kaum dreiviertel der Produktionskraft. Die Rückwirkung auf alle Industriezweige ist verheerend, weil die Konsumkraft bedeutend nachließ. Die Produktionskraft und die realistischen Maßnahmen in England haben sogar Millionen Menschen zum Hungertod verurteilt. Nur langsam wird sich die Welt erholen, da fehlen keine fruchtbar Theorien. Auf der anderen Seite ist Warenüberflut, wie z. B. in Nord- und Südamerika in Baumwolle und Getreide. Diese Staaten haben aber keinen Markt, weil anders Länder und insbesondere Deutschland die notwendigen Waren nicht kaufen können. Argentinisches Fleisch ist in ungeheurer Überflut vorhanden, während wir Not leiden. Die Argentinier bitten uns, es ihnen abzunehmen. Doch die Wehrung erlaubt es nicht. Die Entwertung unseres Geldes durch die ungeschwunden, unerfüllbaren Reparationslasten lähmt durch die ungeschwunden, unerfüllbaren Reparationslasten lähmt unser gesamtes Wirtschaftsleben. Das ist um so schlimmer, als die deutsche Landwirtschaft uns nicht ernähren kann. Wollen wir gefunden, muß die Aushube gesteigert werden. Dadurch nur gewinnen wir wieder wirtschaftlichen Halt. Der gegenwärtige Zustand wird noch verschlimmert durch im Inland wirkende Kräfte, Industrie und Großhandel greifen zur fremden Währung und drücken den Wert der deutschen Mark noch mehr herunter. Das sind sehr schädliche Maßnahmen, sie erfordern weitere Opfer und Lasten für die breiten Massen. Die Preisauswirkung durch das Vorgehen Frankreichs wird Arbeiter und Beamte am meisten treffen. Da haben die Arbeiter wohl das Recht zu fordern, daß die Leute, die immer nur mit Worten am Aufbau helfen wollten, endlich ihre Pflichten reell bezahlen. Sie müssen ihre Steuern ebenso schnell bezahlen wie die Lohn- und Gehaltsempfänger. Und dabei fordern die Handelskammern noch Vorkerbung der Ruhrgebietsgebühren. Diese ist notwendig, um das Volk nicht tiefer unglücklicheren Elementen preiszugeben. Ebenso falls ist die Forderung der Handelskammern und von Stinnes nach Aufhebung des Achtstundentages. Wir werden vielleicht bald noch zu einer Verringerung der Arbeitszeit kommen müssen. Würden Stinnes und Konjorten ihre Gewinne nicht im Ausland anlegen, sondern sie im eigenen Lande verwenden, würde dies auch zum Nutzen der deutschen Wirtschaft ausfallen. Die Forderung der Handelskammern — auch der Lübecker — nach Aufhebung der Außenhandelsabgaben ist so ungerecht wie nur möglich. Auch die handelspolitischen Handlungsmuster sind schuld daran, daß das Ausland Schutzgölle gegen die deutschen Waren eingeführt hat. Der Großhandel hat sich starke Vermögen im Ausland angelegt. Aber er will ebensowenig Opfer bringen wie die Agrarier, die sich von den Lasten drücken und das Getreide aus bösem Willen und aus Spekulation zurückhalten. Aber trotz aller Maßnahmen dieser Art lassen wir uns von dem Ertragungen nicht nehmen. Wir bleiben unseren politischen Grundrissen treu. Die nächste Zeit liegt sehr trübe vor uns. Aber wir dürfen uns durch keine mittern Qualifikationsstrahlen irreführen lassen. Die Sozialdemokratie ist die beste Hüterin der Republik. Sie nimmt den Kampf auf gegen die politischen Gegner und Feinde der Republik, gegen die Feinde des Volkes im In- und Auslande. Sie hält trotz aller Not fest und steht an der demokratischen Republik. (Lebh. Beifall.)

In der

### Aussprache

nahm der Kommunist Kof das Wort, um mit viel Umschweifen wenig zu sagen. Der Referent habe nur als Vertreter der Republik gesprochen, nicht aber als Klassenvertreiter der Arbeiterschaft. Er ging auf das Vorgehen der Franzosen ein, das mehr Berechtigung habe als der Einmarsch der Deutschen in Belgien



die beste Milch-Schokolade

Es sei dieser Einmarsch natürlich verurteilenswert, aber eine notwendige Folge des Imperialismus. Die Kommunisten hätten kein Recht, daß die Erfüllungspolitik die Franzosen von ihrem Vorhaben nicht abhalte. Erst wenn das internationale Proletariat einen Schlag gegen den Imperialismus geführt habe, komme eine Wendung. Die sogenannte demokratische Politik könne die internationalen Bewegungen nicht hindern. Viel schlechter als es heute dem Volke geht, könne es nicht mehr werden. Die Republik habe bisher nur die Lage der Arbeiter verschlechtert, dem Bürgertum aber größeren Gewinn gebracht. Die Sozialdemokratie habe an die beizuhaltenden Kreise immer nur Appelle gerichtet, den Arbeitern aber Steuern aufgelegt. Die Sozialdemokratie habe den Kampf gegen den Kapitalismus aufgegeben. Wenn es nach Recht ginge, müßte Stinnes längst im Zuchthaus sitzen. Die Arbeiter werden immer nur schwache Stützen dieser Republik sein. Man könne es den Kapitalisten gar nicht zum Vorwurf machen, daß sie keine Steuern bezahlten, man zwinge sie ja gar nicht dazu. Wenn es nicht möglich sei, die Kapitalisten zum Steuerzahlen zu zwingen, müßte man den Staat ändern und die Diktatur der Arbeiterklasse errichten. Der Schluß der Rede klang in einer Verherrlichung Rußlands und des russischen Systems aus.

Genosse Schmidt ging in der Schlussrede auf die Einwendungen des Vorredners ein. Noch habe nichts davon gesagt, wie denn der neue Staat aussehen sollte. Die Kritik des Vorredners sei mangelhaft. Wichtig sei, daß die Sozialdemokratie den Einmarsch in Belgien nicht verurteilt habe. Bei den Franzosen handle es sich heute aber um ein Verbrechen an einem wehrlosen Volke. Die russische Sowjetregierung habe an Georganien ebenso nicht recht gehabt wie Deutschland in Belgien. Die Einführung des kommunistischen Systems würde den Einmarsch der Franzosen nicht aufhalten. Über das ist nicht der Grund, weshalb die Sozialdemokratie den kommunistischen Forderungen ablehnend gegenüberstehe, sondern weil dieses System bei unserer Wirtschaftslage unmöglich sei. Rußland habe Entwicklungsstufen durchlaufen, die Industrie restlos zerstört, den Landbesitz aufgeteilt. Das Resultat sei ein ungeheures Zurückgehen der Produktion. Nichts könne der Kommunismus als Substitut aufweisen. Dafür tragen Stinnes, Wolff und Krupp wie andere deutsche und ausländische Kapitalisten ihr Geld nach Rußland, das ihnen die Profite zuführt. Diese Tatkunde können die Kommunisten nicht ablehnen. Jetzt ist sogar in Moskau die erste Privatbank aufgemacht worden. Sollen wir die Vorheit auch mitmachen und alles zusammenschlagen, um es nachher wieder nehmlich zurückzuführen? Mit der Erfüllungspolitik sind die Kommunisten derselben Ansicht wie die Deutschnationalen. Auf die Erschöpfung des Kapitalismus können wir noch lange warten. Die Sozialdemokratie verlangt schließlich eine andere Zusammenziehung des Wirtschaftslebens, aber hat niemals behauptet, dies Werk sei einem allgemeinen Zusammenbruch vorzuziehen zu können. Wäre z. B. der Bergbau vollständig gestoppt, hätte man uns die Vorkriegslage sicher zum Vorwurf gemacht. Mit einem Zusammenbruch man nicht in die Umformung der Welt hineintreten. Dazu gehören wichtige Kräfte. Wie sehr ist die Arbeiterklasse heute zu leiden, welche die vorbildliche Genossenschaftsbewegung gerade in Lübeck. Die Kommunisten hätten mit den Deutschnationalen jetzt gerne einen Pakt gemacht, der für die Arbeiter die besten Folgen, aber keinen kommunistischen Stachel gebracht hätte. Die Kommunisten haben schon früher mit den Selbsterhaltungskräften für Millionen gehandelt. Das Steuerwesen ist in der Grundfrage durchaus richtig. Es zieht die Selbsterhaltung der zu 60 Prozent heran. Die Kommunisten dagegen lehnen nicht die Gewerbesteuer ab, die die kapitalistischen Interessen schneidet. Die Arbeiter sind noch wie vor die besten Stützen der Republik. Überall sind sie mit wenigen Ausnahmen der Kommunisten für sie eingetreten. Solange die Republik die Stütze der Arbeiterklasse hat, wird sie von Rußland nicht eingezogen werden. Eine Veränderung würde nicht dem Kommunismus dienen, sondern der Monarchie. Nicht der Gewalt führt uns vorwärts, sondern die Humanität. Diese steht die Sozialdemokratie, die beste Stütze des demokratischen Staatensystems und Fortschritts. (Lebh. Beifall.)

### Der Konsumverein für Lübeck und Umgebung

Nach am Mittwoch eine außerordentlich hoch besuchte Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Zum Jahresbericht, der den Geschäftsbüchern Grundlage diente, ist ganz besonders das Ergebnis der wirtsch. Verhältnisse zu erwähnen. Die Mitgliederzahl ist von 11722 auf 22217 gestiegen. Der Wareneinsatz beläuft sich auf 29547131.45 Mark auf 27145922 Mark. Ein Mehr von 449 Prozent. Trotz der Erhöhung des Geldes bedeutet der Umsatz doch eine gewaltige Senkung des Konsumverbrauchs.

Wareneinsatzstellen sind im Berichtsjahr 9 allgemeine und 4 Sonderstellen eröffnet worden, in dem am Gewerkschaftshaus 27 allgemeine, 1 für Manufakturwaren und 4 Sonderstellen, insgesamt 32 Wareneinsatzstellen vorhanden waren. Zahl der Grundstücke sind wieder vermehrt worden. 20 Grundstücke, die einer weiteren Produktionsstätte dienen, ist am 1. 10. 21. eröffnet worden. Das Ergebnis ist durchaus zufriedenstellend. Mehr noch als bisher müssen unsere Beschäftigten der Spezialfabrikation für vorerwähnte Waren entgegen zu sehen. In der Zukunft werden wir über 200000 Mark Jahresumsatz ansetzen. Die Mitgliederzahl steigt heute noch in diesen Jahren nicht wieder.

in Betrieb genommen werden. Zur Bewältigung unseres Verkehrs müssen wir einige neue Lastkraftwagen anschaffen, jedoch mit heute über 4 Gespanne und 4 Kraftwagen mit 2 Anhängern verfügen.

Die Sparkasse hat heute einen Einlagenbestand von 12 378 237.16 Mark. Die Spareinleger haben sich um 1879 vermehrt. Mehr als bisher müssen unsere Mitglieder der eigenen Sparkasse Beachtung schenken und nicht Geld in Privatbanken und Sparkassen anlegen. Unser Personalbestand beträgt heute 236, ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 106 Personen. Die Geschäftspunkte haben der Mitglieder betragen 9 127 104.40 Mark. Mehr als bisher müssen die Mitglieder sich an der Wareneinnahme beteiligen, zeigt doch das ablaufende Geschäftsjahr, daß wieder ein großer Teil unserer Mitglieder sich an der Wareneinnahme nicht beteiligt hat. Der Durchschnittsumsatz pro laufendem Mitglied betrug 13 937.34 Mk. Die Bilanz weist durchaus günstige Zahlen auf. Es ist auch in diesem Jahr möglich, den Mitgliedern wieder 2 Proz. Rabatt zur Verfügung zu stellen. Der noch vorhandene Reingewinn soll auf die verschiedenen Fonds verteilt werden.

Die gewaltig unter Genossenschaft sich im letzten Jahr entwickelt hat, zeigt eine dem Geschäftsbücher beigefügte Karte, aus der unsere Mitglieder sich informieren können, wo die einzelnen Wareneinsatzstellen liegen. Genosse Henze bittet, die vorliegende Bilanz zu genehmigen und den Vorstand zu entsenden.

Nach einer sehr ergiebigen Aussprache wurde die Bilanz genehmigt, dem Vorstand Entlohnung erteilt und die Verteilung der Erträge beschlossen.

Die Notwendigkeit der Erhöhung des Geschäftsanteils von 3000 Mark auf 10 000 Mark und der Erhöhung des Eintrittsgeldes von 100 Mark auf 200 Mark beantragte Geschäftsführer John Redner erklärte, daß vor dem Kriege der Geschäftsanteil 30 Mark betragen habe. Hinzu sei gekommen, daß vor dem Kriege ein Kredit bis zu 3 Monaten gewährt wurde. Für 30 Mark habe die Geschäftsleitung damals etwa 55 Pfund Margarine kaufen können. Bei einer Erhöhung des Geschäftsanteils auf 10 000 Mark könne die Geschäftsleitung für einen voll eingezahlten Geschäftsanteil heute aber nur noch 8 Pfund Margarine kaufen, also noch nicht einmal den 4. Teil. Ganz abgesehen davon, daß die Schwierigkeiten noch dadurch vergrößert würden, daß diese Waren heute sogar im Voraus bezahlt werden müßten. Die Frage müsse auch lauten: „Hat der Konsumverein einen Zweck und sollen wir uns diese Einrichtungen erhalten?“ Redner lieferte dann durch eine Reihe treffender Beispiele den Beweis der großen Leistungsfähigkeit des Konsumvereins und die dadurch erreichte Umwandlung der Notwendigkeit der Verbraucherkreise. Am Dezember sei ein Umsatz von 21 Millionen erzielt. Beim Einkauf hätten die Mitglieder durchschnittlich 10 Prozent erspart, das mache in einem Monat eine Ersparnis von rund 30 Millionen Mark. Es könne also gar keine bessere Kapitalanlage für den Verbraucher geben und nichts sei geeigneter, den Verbraucher besser vor Übervorteilung zu schützen als massenhaftes Zusammenklaffen aller Verbraucher im Konsumverein.

In der Aussprache beteiligte sich besonders ein Herr Magerleidi, der sich als Kommunist bekannte und der vielfach durch seine zwar temperamentvoll vorgetragenen, aber sonst sehr frauen Anstalten über Wirtschaftspragen die Heiterkeit der Versammlung auslöste. Einige weitere Redner waren zwar teils mit der Erhöhung einverstanden, hielten aber einen Betrag von 6000 Mk. für ausreichend. Geschäftsführer John nahm im Schlußwort zu den vorgetragenen Bescheiden Stellung und erklärte, daß trotz der geforderten Höhe des Geschäftsanteils von 10 000 Mk. auch die Vermittler der Verbraucher nach wie vor Mitglied bleiben und Mitglied werden können. Die Verwaltung habe in dieser Beziehung noch niemals es an dem rechten Verständnis fehlen lassen und so würde es auch in Zukunft bleiben. Jeder müsse sich aber nach seinen Kräften an der Verbesserung des Betriebskapitals unbedingt beteiligen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einer ersten Warnung des Bekannten und bewährten Genossenschaftlers Herrn Kahl, der in der letzten Rundschau folgendes ausgesprochen habe:

„Wunder geschähe nicht! Selbsterhaltung, die den Trägern die Aufgaben lösen, gibt es nicht! Selbst ist der Mann! Wer sich auf andere verläßt, ist verfallen! Wer zu Betteln anfängt, wird zum Bettler! Genossenschaft ist Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Selbstverantwortlichkeit. Die lag erstere Verantwortung als heute vor, gerade hieran mit aller Zähigkeit festzuhalten, denn in den drei Eigenschaften liegt der wertvollste Kredit und die eigentliche Kreditwürdigkeit der Genossenschaft.“

Hierauf erfolgte die Abkündigung, die gegen wenige Stimmen der Erhöhung des Geschäftsanteils auf 10 000 Mark und der Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 200 Mark zustimmte. Die Abkündigung war ein glänzendes Zeugnis dafür, daß der Genossenschaftsbund auch hier in Lübeck feste Wurzeln geschlagen hat. Ein lehrreiches Stabe durchschritt den Saal, Freunde über den Schluß sprach sich auf den Gehörern jedes denkenden Genossenschaftlers wider.

Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden die Genossen Pörsel, Hamann und Lürig wieder gewählt. Die Geschäftsführer, die in dieser Versammlung zum Ausdruck kam, zeigte, daß die Mitglieder des Konsumvereins für Lübeck und Umgebung a. G. m. b. H. die Zeichen der Zeit durchaus erkannt haben und alle Maßnahmen, die durch die Geschäftsleitung

veranlassen und vorgeschlagen, gutgeheißen wurden. Damit ist erreicht, daß die Konsumgenossenschaft dem Sturm unserer heutigen Wirtschaft auch in diesem Jahre wieder gewappnet gegenübersteht.

Schlutup. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Donnerstag, die sehr zahlreich besucht war, hielt Genosse Steinberg einen Vortrag über die außen- und innenpolitische Lage. Redner behandelte den öffentlichen Bruch des Berliner Friedensvertrages durch Frankreich und das schamlose Verhalten Poincarés. Was werden soll, ist unklar. Jedenfalls versuchen die reaktionären Parteien die große Masse der Bevölkerung für ihre überpatriotischen Zwecke einzufangen. Da heißt es für die Arbeiterschaft die Augen aufhalten. Die Sozialdemokratie ist stark genug, wirkungsvoll allein vorzugehen und weiß sich eins mit den organisierten Massen aller Länder der Erde, die bereits durch die Arbeiterkamerade Internationale ihre Wünsche über Frankreich zum Ausdruck gebracht hat. Italienische Mussolini, baltische Hilfer und französische Fochs, alles ist dieselbe Gemaltengemeinschaft. Der Redner sprach dann noch den Konflikt des bürgerlichen Senats mit der Mehrheit der Bürgerschaft in der Amtsblattfrage. Das Rollenpiel der bürgerlichen Kinderheit der Bürgerschaft und ihre Unkenntnis der einfachsten politischen Parlementsregeln sei so bezeichnend für den Lübecker Rüsselmüßel, daß man die Straiche der Schildbürger früherer Zeit ersinnlich daneben stellen könne. In der Diskussion wurde noch die Sozialisierungsfrage besprochen, die der Redner im Sinne der Umwidmung erklärte. Die Einmache des Vaterländischen Frauenvereins zwecks Beihilfe für die Ortskommissioner wird in einer kombinierten Sitzung erledigt werden. Anfolge der Beitragsrückzahlung sind schon einige Genossen der Partei untreu geworden. Es ist sehr bedauerlich, denn jetzt heißt es treu zusammenhalten, unsere einzigen Kampfmittel sind doch nur die Partei und die Presse. Es ist höchste Pflicht eines jeden Klassenbewußten Arbeiters, beide tatkräftig zu unterstützen.

### Einweilte auf Versammlungen, Theater usw.

Wochenplan des Stadttheaters. Sonntag 10 Uhr: Vorstellung für die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bünde. Don Juan. 8 Uhr: Vorstellung für die Mattheusische Gilde. Nenner an Dach. 7.30 Uhr: Fidelio. — Montag 7.30 Uhr: 11. Volkst. Konzert. — Dienstag 7.30 Uhr: Don Juan. 22. Vorstellung im Dienstag-Ab. Buchst. B. — Mittwoch 7 Uhr: Einmaliges Gastspiel der Landbühne Laban: Der schwingende Tempel. Donnerstag 7.30 Uhr: Rater Lampe. 23. Vorst. im Donnerstag-Ab. Buchst. C. — Freitag 7.30 Uhr: Die fünf Frankfurter. 24. Vorstellung im Freitag-Ab. Buchst. D. — Sonnabend 3 Uhr: Geschlossene Schülerdarstellung. Was ihr wollt. 7.30: Don Juan. 11. Vorstellung im Sonnabend-Ab. — Sonntag 3 Uhr: Vorst. für die Volkstheater, Mignon. 7.30 Uhr: Der Bettelstudent.

Gausa-Theater. Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr: Die kleine Sündenbin. Sonntag aus Anlaß des nationalen Trauertages Gaudspiel erster Künstler des deutschen Schauspielhauses Hamburg, unter Leitung des Direktors Dr. Gaer, in dem Schauspiel von Max Dreger „Die Siebzehnjährigen“. Beginn der Vorstellung am Sonntag 8 Uhr. Montag 7 1/2 Uhr: „Die kleine Sündenbin“.

### Angrenzende Gebiete.

Schwarzen-Rensfeld. Achtung, Parteigenossen! Am Montag abend, 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus Transvaal eine wichtige Parteiverammlung statt. Rednerin ist Genossin Dremanz. Aiel. Die Veranstaltung gilt zugleich als Protest gegen die Ruhrbesetzung. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. Stadt. Wegen Verletzung des Reichsdrückgesetzes zu 20000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde von der Strafkammer der Weisende Bett aus Hannover. Am 28. Juni 1922 beteiligte sich B. in Stabe in einer Barbierstube an einer politischen Auseinandersetzung und bezeichnete den Reichspräsidenten und Scheidemann als Lumpen.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freitakt Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Interate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## MIKA

Mischkaffee in der Weine. Rot, gelbe, grüne Packung. (11855) Niemals tote. Ueberall erhältlich.

# MAGGI Suppen ersparen Suppenfleisch

Nur mit Wasser nach Anweisung gekocht, schmecken sie ebenso kräftig wie mit selbstgemachter Fleischbrühe zubereitete Suppen. Eiernudeln, Eiersternchen, Erbs, Erbs mit Speck, Ochsenchwanz, Pilz und andere beliebte Sorten.

Man achte auf den Namen MAGGI und die gelbrote Packung.



### Ämlicher Teil

#### Bekanntmachung.

Der Senat hat beschlossen, die Scherrin Maria Sebe geb. Engel auf die Wahl zum 21. März 1923 in der Wahlkreis zu wählen.

#### Ämlicher Teil

#### Das Schrift- und Besordnungsblatt

Das Schrift- und Besordnungsblatt des Senats wird vom 1. Januar 1923 an durch den Senat gedruckt. Die Abnahme der Blätter ist bis zum 14. Januar 1923. Der Senat hat beschlossen, die Scherrin Maria Sebe geb. Engel auf die Wahl zum 21. März 1923 in der Wahlkreis zu wählen.

#### Die Senatskanzlei.

#### Bericht von öffentlichen Vergütungen für den am 14. Januar 1923 zu bezeichnenden nationalen Tranertrag.

Der Senat hat beschlossen, die Scherrin Maria Sebe geb. Engel auf die Wahl zum 21. März 1923 in der Wahlkreis zu wählen.

#### Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise

In der Woche vom 14. bis 20. Januar 1923 werden erhoben:

I. 1 cbm Gas	Mk. 133
II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom	818
III. 1 cbm Wasser	212

A. in Lübeck:

1. für Haushaltungszwecke	Mk. 78
2. für den Mehrverbrauch und jedem anderen Wasserverbrauch	155
B. in Trabemünde	79

IV. für Wasser nach beheizbaren Räumen monatlich:

1. Häuser mit Leitungen	Mk. 124
2. Häuser ohne Leitungen	55

(11845) Die Betriebsbehörde.

#### Das Schrift- und Besordnungsblatt

Das Schrift- und Besordnungsblatt des Senats wird vom 1. Januar 1923 an durch den Senat gedruckt. Die Abnahme der Blätter ist bis zum 14. Januar 1923. Der Senat hat beschlossen, die Scherrin Maria Sebe geb. Engel auf die Wahl zum 21. März 1923 in der Wahlkreis zu wählen.

#### Die Senatskanzlei.

#### Bericht von öffentlichen Vergütungen für den am 14. Januar 1923 zu bezeichnenden nationalen Tranertrag.

Der Senat hat beschlossen, die Scherrin Maria Sebe geb. Engel auf die Wahl zum 21. März 1923 in der Wahlkreis zu wählen.

#### Das Polizeiamt.

#### Schankgewerbesteuer.

Die Schankgewerbesteuer wird für den vorbestimmten Sonntag allgemein auf 1 Uhr nachts festgelegt. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Lübeck, den 13. Januar 1923. (11844) Das Polizeiamt.

#### Das Polizeiamt.

#### Schankgewerbesteuer.

Die Schankgewerbesteuer wird für den vorbestimmten Sonntag allgemein auf 1 Uhr nachts festgelegt. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Lübeck, den 13. Januar 1923. (11844) Das Polizeiamt.